

FREIE SICHT

ES 2050:
Fehlstart

REINER EICHENBERGER

Unser Parlament war für die Energiestrategie 2050 des Bundesrats, hat aber nun ihr Kernstück, das Klima- und Energielenkungssystem (Kels), abgelehnt. Falsch war nur Ersteres.



Die Grundidee ökologischer Steuerreformen wie des Kels ist bestechend. Statt wie mit traditionellen Steuern die Arbeitsleistung – «das Gute» – soll mit Ökosteuern die Umweltbelastung – «das Böse» – besteuert werden. Das soll die Umwelt schonen und mehr Arbeit bringen. Leider funktioniert das nicht.

Erstens zielt die Energiestrategie 2050 auf das globale Klimaproblem. Dazu trägt die Schweiz aber nur 1,5 Promille bei. So würde Kels dem Weltklima wenig und der Schweiz noch weniger nützen. Dafür hätte sie die gesamten Kosten. Zweitens würde das Kels keine Entlastung von Arbeitsleistung bringen. Denn die Schweizer Unternehmen könnten die Steuerlast wegen des internationalen Wettbewerbs weder auf die ausländischen Energieanbieter noch auf die Preise ihrer Exportgüter überwälzen, sondern lediglich auf die inländischen Konsumenten und Arbeitnehmer. Deren Kaufkraft und damit Leistungsanreize blieben deshalb unverändert. Drittens brächte das Kels grösste Probleme bei der Besteuerung

«Die Ökosteuer
nützt weder
dem Weltklima
noch der Schweiz.»

der grauen Energie. Wenn die Schweizer Produzenten überhöhte Energiesteuern zur Rettung des Weltklimas zahlen müssen, wird der Wettbewerb mit Ländern mit tieferen Energiesteuern verzerrt. Deshalb müssten die Importe und Exporte entsprechend ihrem Anteil an grauer Energie, also der für ihre Herstellung verwendeten Energie auf allen Vorstufen, besteuert beziehungsweise entsprechend entlastet werden. Eine solche Abrechnung und Besteuerung von Energieinhalten an der Landesgrenze wäre ein bürokratischer Albtraum. Entsprechend müssten Pauschalierungen und Ausnahmen für die Produzenten besonders energieintensiver Produkte vorgesehen werden. Damit verlöre das System aber einen Grossteil seiner ökologischen Wirkung und würde zum Spielball von Interessengruppen.

Viertens haben ökologische Steuerreformvorschläge zumeist eine versteckte leistungsfeindliche Umverteilungskomponente, indem sie einen Teil der Steuererträge pro Kopf an die Bevölkerung zurückerstatten. Da der individuelle Energiekonsum stark mit dem Einkommen korreliert, bewirkt jede Erhöhung der Energiesteuern ohne eine volle Kompensation durch Steuersenkungen sogar eine Mehrbelastung von Leistung.

Folglich sind all die ökologischen Steuerreformvorschläge, die auf die globalen Umweltprobleme zielen, für kleine offene Volkswirtschaften wie die Schweiz ökologisch weitgehend nutzlos und wirtschaftlich höchst schädlich.

All das heisst aber nicht, dass ökologische Steuerreformen nie funktionieren. Ganz im Gegenteil: Sie können unsere Wohlfahrt massiv steigern, wenn sie auf lokale Probleme zielen, also insbesondere den Verkehr. Aber genau den wollte der Bundesrat ausnehmen.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet:
handelszeitung.ch/freiesicht